



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

Zukunft statt wirtschaftlichem Niedergang – Politisches ökosozialistisches Ziel der Klimaneutralität endgültig beerdigen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Gesetzesinitiative in den Landtag einzubringen mit dem Ziel, das Bayerische Klimaschutzgesetz und damit verbunden das Ziel der „Klimaneutralität bis 2040“ sowie sämtliche daraus abgeleitete Gesetze und Verordnungen ersatzlos abzuschaffen.

Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Abschaffung des Bundes-Klimaschutzgesetzes, des darin festgelegten Zieles der „Klimaneutralität bis 2045“ sowie sämtlicher daraus abgeleiteter Gesetze und Verordnungen einzusetzen.

Begründung:

Die Weltklimakonferenz in Brasilien hat gezeigt, dass Deutschland mit seiner Klimapolitik einen gefährlichen Alleingang beschreitet. Während sich wichtige Industrienationen wie die USA, China oder Indien längst von den Fesseln grüner Ideologie befreit haben, führen Bundes- und Staatsregierung ihren Kurs der planwirtschaftlichen Transformation unbeirrt fort. Aus dem vermeintlichen „Wachstumsmotor Energiewende“ ist in der Folge ein staatliches Deindustrialisierungsprogramm geworden: Die ausländischen Direktinvestitionen in die deutsche Wirtschaft sind von 150 Mrd. Euro im Jahr 2021 auf 43 Mrd. Euro im Jahr 2024 zurückgegangen. Auch heimische Unternehmen müssen ihr Kapital zunehmend ins Ausland verlagern, weil die Standortbedingungen in Deutschland für die meisten Industriezweige nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Insbesondere die Zugpferde der deutschen Wertschöpfung, namentlich Automobilindustrie, Maschinenbau sowie (energieintensive) chemische Industrie, verlassen fluchtartig das Land. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und damit auf die soziale Stabilität unserer Heimat sind längst verheerend: Innerhalb eines Jahres wurde als direkte Folge der anhaltenden Rezession der Abbau von über 140 000 Arbeitsplätzen angekündigt. Für 2026 rechnet jedes dritte Unternehmen in Deutschland mit einem weiteren Stellenabbau. Wesentliche Ursachen für diese Entwicklung sind die hohen Energiepreise sowie politisch herbeigeführte, kostenintensive Bürokratie. Die Gesamtkosten der deutschen Energiewende werden auf über 13 Bio. Euro geschätzt. Nachdem die politischen Vorgaben von CO₂-Minderungszielen auf Bundes- und Landesebene mit den jeweiligen Klimaschutzgesetzen begründet werden, ist die Abschaffung dieser wohlstandsvernichtenden Instrumente dringend angezeigt. Das Bundes-Klimaschutzgesetz, das Bayerische Klimaschutzgesetz sowie alle daraus abgeleiteten Gesetze und Verordnungen sind daher ersatzlos abzuschaffen.